



**BMF**

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN**

# Budget 2018/2019

**Budgetrede Finanzminister**

**Hartwig Löger**

**21. März 2018**



**Budgetrede 2018 / 2019**  
**Gehalten am Mittwoch, den 21. März 2018**

**Wir starten in eine neue Zukunft!**  
**Bundesminister Hartwig Löger**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

---

Liebe Österreicherinnen und Österreicher,  
sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
Hohes Haus!

<b>1. Wir starten in eine neue Zukunft</b>
--

Wir starten in eine neue Zukunft.

Es beginnt eine gute, neue Zeit.

Am 93. Tag der Amtszeit dieser neuen Regierung lege ich Ihnen das Doppelbudget für die Jahre 2018 und 2019 vor – und damit leiten wir eine völlig neue budgetpolitische Zeitrechnung ein.

Die Österreicherinnen und Österreicher haben am Wahltag für Veränderung in unserem Land gestimmt.

Viel mehr noch haben die Menschen der Politik den Auftrag erteilt, neue Wege zu gehen.

In den Regierungsgesprächen wurde das Fundament für diese Veränderung gelegt.

Und bereits in der ersten Regierungsklausur Anfang Jänner wurde der Grundstein für eine neue Budgetpolitik in Österreich fixiert.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern unseres Regierungsteams für die intensive und disziplinierte gemeinsame Budgetarbeit, die auch harte Gespräche erfordert hat – aber immer konstruktiv und sachlich fair geführt wurde.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen!

Seit 1954 hat es in unserem Land keinen Budget-Überschuss mehr gegeben:

- Das sind 65 Jahre, in denen immer mehr ausgegeben als eingenommen wurde.
- 65 Jahre, in denen kontinuierlich Schulden angehäuft wurden.
- 65 Jahre, in denen wir auf Kosten unserer Zukunft gelebt haben.

Um es noch deutlicher zu machen:

Nur acht von Ihnen - von insgesamt 183 Abgeordneten des Hohen Hauses - waren damals schon geboren, als zum letzten Mal keine Staatsschulden aufgebaut wurden.

Alle anderen von uns kennen nichts anderes als permanente Schuldenpolitik.

Ja – es gab auch Jahre, wo Österreich arm war, Jahre, wo Krisen über uns hereingebrochen sind.

Da war die Politik gefordert einzugreifen und auch über Schuldenaufbau gegenzusteuern.

Aber in den vielen guten Jahren, in Zeiten der Hochkonjunktur, wurde ohne Not Politik auf Pump betrieben.

Das ist ein untragbarer Zustand für jeden, der für dieses Land und seine Menschen – aber ganz besonders auch für die nächsten Generationen verantwortlich ist.

Ich bin noch kurz genug in der Politik, um es direkt zu sagen, was ganz sicher auch die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher denkt:

Diese Schuldenpolitik muss ein Ende haben.

Besser gestern als heute!

<b>1.1. Wir bauen konsequent Schulden ab</b>
--

Wir sind angetreten, um zu verändern.

Und dafür hat diese Regierung bereits seit Beginn gesorgt.

Meine Damen und Herren,

es gibt für einen Finanzminister sicher keine freudigere Botschaft als die, die ich jetzt überbringen kann:

2019 wird der Bund erstmals seit 65 Jahren weniger ausgeben als er einnimmt.

2019 erzielen wir einen Budget-Überschuss von 541,2 Millionen Euro.

Das ist der entscheidende Wendepunkt in der Budgetpolitik unseres Landes.

Wir haben das Budget im Griff. Endlich!

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat unglaubliche 290 Milliarden Euro an Staatsschulden aufgebaut.

Unsere Kinder und Jugendlichen in Österreich tragen derzeit einen Schuldenrucksack von rd. 33.000 Euro auf ihren Schultern.

Für jedes neugeborene Kind gilt dasselbe.

Eine unverantwortliche, aber auch ungerechte und nahezu skandalöse Situation.

Diese enorme Schuldenquote von 83,6 Prozent des BIP ist mehr als bedrohlich.

Sie wird durch gute Konjunktur und durch unsere Abkehr vom Schuldenmachen 2018 auf 74,5 Prozent und 2019 auf 70,9 Prozent des BIP sinken.

Bis 2022 wird sie in Richtung 60 Prozent sinken – weil wir auch die konjunkturell richtigen Impulse setzen.

Das bedeutet:

Wir schaffen Generationengerechtigkeit und übernehmen Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Deshalb machen wir Schluss mit der Schuldenpolitik.

Deswegen ändern wir den Kurs.

## **1.2. Wir fördern Leistung**

Für mich als Finanzminister dieser Republik ist ein verantwortungsvoller und sparsamer Umgang mit dem uns anvertrauten Steuergeld ein ehrliches Anliegen.

Vielleicht ist es einem Quereinsteiger wie mir noch viel bewusster, dass wir es in erster Linie der Leistung jeder Steuerzahlerin und jedes Steuerzahlers verdanken,

- dass unser Land so gut funktioniert,
- dass für unsere Kinder eine gute Bildung,
- für die ältere Generation sichere Pensionen,
- für die Kranken medizinische Versorgung,
- für die Bedürftigen passende Pflege,
- für die Armen angemessene Existenzsicherung gegeben ist

und darüber hinaus für alle eine funktionierende Infrastruktur und auch Angebote für Kultur und Sport zur Verfügung stehen.

Um das zu erkennen, bedarf es einer tieferen Erklärung unseres Verständnisses von Leistung.

Ich bin überzeugt, dass das Problem der jahrzehntelangen Schuldenpolitik auch in einer fehlerhaften, einseitigen Interpretation des Leistungsbegriffes selbst liegt.

Dann nämlich, wenn Leistung ausschließlich als etwas definiert wird, was man sich holt, weil es einem angeblich zusteht.

Diese Haltung ist eine Bedrohung für die staatliche Solidargemeinschaft!

Unser Verständnis von Leistung beruht primär auf der Bereitschaft Leistung zu erbringen.

Erst daraus entsteht die Grundlage für Wertschöpfung einer Gesellschaft.

Und aus den daraus resultierenden Steuern und Abgaben kann überhaupt erst die Basis für die Erbringungen der vorher genannten staatlichen Dienstleistungen entstehen.

Daher danke ich allen Österreicherinnen und Österreichern für ihren Fleiß und ihren Einsatz:

- den Arbeitern und Angestellten
- den Unternehmern und Landwirten
- den Freiberuflern und allen anderen Beitragszahlern

Aber auch ein großer Dank an die engagierten Familienangehörigen, die sich oft neben dem Beruf um Kinder und Pflegebedürftige kümmern.

Ganz besonders danke ich an dieser Stelle den hunderttausenden ehrenamtlichen Funktionären in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft, ohne deren freiwilligen und unentgeltlichen Einsatz unser schönes Land nicht bestehen könnte.

Leistung erbringen soll in unserer Gesellschaft wieder ein positiver Faktor sein.

Leistung erbringen schafft Mehrwert für sich, die Familie und auch für die Gemeinschaft.

Und aus diesem positiven Leistungsverständnis sichern wir die Basis:

- für mehr soziale Unterstützung und
- für solidarische Hilfe an jene, die nicht in der Lage sind, Leistung zu erbringen

Als Finanzminister habe ich die Pflicht, Anreize dafür zu schaffen, dass möglichst alle, die dazu in der Lage sind, auch bereit sind, ihren Beitrag an der Gemeinschaft zu leisten.

Deshalb bekennt sich die Regierung, deshalb bekenne ich mich dazu, dass der Einkommensunterschied zwischen arbeitenden und nichtarbeitenden Menschen nicht so gering sein darf, dass es sich gar nicht lohnt, die Anstrengungen eines Arbeitsalltages in Kauf zu nehmen.

### 1.3. Wir entlasten die Bürger

Weil wir diese Leistungsbereitschaft schätzen, haben wir unverzüglich damit begonnen, diejenigen, die mit ihren Abgaben und Steuern das Land erhalten, zu entlasten.

Mit diesem ersten und auch noch weiteren Schritten werden wir unser Ziel zur deutlichen Senkung der Abgabenquote bis 2022 in Richtung 40 Prozent erreichen.

Unsere neue Steuerpolitik ist: Entlastung.

- Zu allererst entlasten wir steuerzahlende Familien mit Kindern.  
Durch den Familienbonus Plus, der mit 1. Jänner 2019 in Kraft treten wird, entfällt die Steuerlast entweder zur Gänze oder es wirkt ein Steuerbonus von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr. Davon profitieren 950.000 Familien und mit ihnen 1,6 Millionen Kinder.  
Die veranschlagten Kosten von 1,5 Milliarden Euro sind im Budget gedeckt.  
Durch den Abtausch mit weniger effizienten steuerlichen Maßnahmen für Familien, hauptsächlich aber durch Einsparungen im System Staat.

Da von einer steuerlichen Entlastung naturgemäß nur diejenigen profitieren können, die auch Steuern zahlen, haben wir auch für alleinerziehende und alleinverdienende Mütter und Väter mit geringem Einkommen den Kindermehrbetrag um 250 Euro jährlich eingeführt.

- Menschen mit geringem Einkommen profitieren darüber hinaus auch von der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages ab 1.7.2018:  
Die jährliche Entlastung um durchschnittlich 310 Euro kommt bis zu 950.000 Arbeitnehmern zugute und beträgt in Summe 140 Millionen Euro.
- Um 120 Millionen Euro entlasten wir die Tourismuswirtschaft durch die Senkung des Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte auf nunmehr 10 Prozent ab 1.11.2018.
- 60 Millionen Euro ist die jährliche Entlastung der Bevölkerung durch die Abschaffung der Mietvertragsgebühren.
- Und 60 Millionen weniger müssen an den Staat abgeführt werden, weil wir die Flugabgabe halbieren.

Und das, meine Damen und Herren, ist nur ein Anfang.

Wir müssen und wir werden durch kontinuierlich gesetzte weitere Schritte in dieser Legislaturperiode die Abgabenquote in Richtung 40 Prozent senken.

Und trotzdem keine neuen Schulden machen!

Denn:

- Nur so können wir unseren budgetären Handlungsspielraum zur aktiven Gestaltung der Zukunft vergrößern.
- Nur so können wir weitere Wachstumsimpulse geben.
- Nur so können wir Überschüsse erwirtschaften und Stabilität für eine sichere Zukunft auch in schwierigen Phasen ermöglichen.

#### **1.4. Wir sparen im System**

Entlastung und Überschuss –

beides erreichen wir durch ehrliches Sparen im System.

Bis jetzt sind die meisten sogenannten Steuererleichterungen nach dem Prinzip verlaufen:

Was ich dir in die rechte Tasche stecke, nehme ich dir dann aus der linken wieder heraus.

Ein mehr als fragwürdiges Vorgehen.

Denn damit blieb die Abgabenquote über viele Jahre auf gleich hohem Niveau – Rekordniveau im internationalen Vergleich.

So arbeiten wir nicht - auch damit ist Schluss.

Mit uns gibt es keine neuen und vor allem auch keine erhöhten Steuern.

Wir sparen auch nicht bei wichtigen Themen für unsere Zukunft – im Gegenteil:

Wir investieren

- in Bildung und Forschung
- in Digitalisierung und
- in die Sicherheit unseres Landes.



Sehr wohl aber sparen wir im System Staat.

Einfach ausgedrückt – wir sparen bei uns selbst:

- bei den Kosten unserer Verwaltung
- bei den vielen Förderungen des Bundes
- bei den Kosten der ausgegliederten Einheiten und
- bei den Mietkosten der Bundesgebäude

Ergänzt durch das Beenden konjunkturell überflüssiger Maßnahmen der Vorgängerregierung sparen wir in Summe nachhaltig 2,5 Milliarden Euro, beginnend im Jahr 2018.

Gleichzeitig haben wir festgelegt, dass wir Pensionierungen im Öffentlichen Dienst eingeschränkt nachbesetzen.

Wir werden hier auf Basis der Aufgaben- und Funktionsbewertungen sorgsam vorgehen.

Wir nutzen aber auch Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachungen sowie Prozessoptimierung und Digitalisierung als Grundlage für die konsequente Einsparung im System.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch eine klare Botschaft an die Damen und Herren von der Opposition richten:

Sie haben mir – ohne die heute präsentierten Zahlen überhaupt zu kennen – bereits mehrfach vorgeworfen, bei den Ärmsten zu sparen, den Sozialstaat zu demontieren und Ähnliches mehr.

Nichts von dem ist richtig:

Wir geben im Budget im Jahr 2018 49,6 Prozent und im Jahr 2019 50,7 Prozent für soziale Sicherheit aus.

Eine Steigerung um 1,1 Prozentpunkte.

In absoluten Zahlen 38,93 Mrd. Euro in 2018 und 40,09 Mrd. Euro in 2019.

Gerade durch unser konsequentes und diszipliniertes Sparen im System und durch positive Wachstumsimpulse der Entlastung schaffen wir die langfristige Sicherung unseres Sozialstaates.

Ja – auch Einsparungen im System verursachen Schmerzen und jede Form der Veränderung schafft Verunsicherung bei den Betroffenen.

Aber wir sind als Regierungsteam angetreten, um für die langfristige Sicherung des sozialen Friedens und eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaates zu kämpfen – dafür sind wir auch bereit, schwierige Themen aufzugreifen und da und dort auch gewohnte, aber ineffiziente alte Zöpfe abzuschneiden.

Wir haben den ersten großen Schritt mit den Maßnahmen in diesem Doppelbudget gesetzt und werden konsequent weiterarbeiten – für Österreich und alle seine Menschen!

## 1.5. Wir nutzen die gute Konjunktur

Es stimmt:

Die konjunkturelle Großwetterlage auf globaler Ebene, auf europäischer Ebene und erfreulicherweise in besonderer Form in Österreich ist sehr positiv.

Das ist aber auch kein Geschenk des Himmels oder die reine virtuelle Prognose von Wirtschaftsforschern.

Sondern das ist die Leistung aller, die durch fleißige Arbeit und durch engagiertes unternehmerisches Agieren einen Beitrag zur Steigerung der Wertschöpfung in unserem Land liefern.

Der aktuelle Wert beträgt für das Jahr 2018 3,2 Prozent Wachstum unseres BIP – für 2019 ein weiteres Wachstum des BIP von 2,2 Prozent.

Der private Konsum steigt 2018 um 1,8 Prozent, 2019 um 1,6 Prozent.

Die öffentlichen Investitionen bleiben mit plus 1,1 Prozent 2018 und plus 1,2 Prozent 2019 stabil auf hohem Niveau.

Die österreichische Exportwirtschaft floriert 2018 mit einer Zuwachsrate von 5,5 Prozent und erwarteten 4,5 Prozent 2019.

Und auch bei den Investitionen verzeichnen wir 2018 einen Boom - ein Plus von 3,5 Prozent, 2019 plus 2,5 Prozent.

Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die in den letzten Monaten deutlich verbesserte Stimmung unserer Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich.

Gemäß einer aktuellen Studie ist die positive Beurteilung der Zufriedenheit von 15 auf 40 Prozent sprunghaft angestiegen.

Die negativen Einschätzungen sind deutlich von 35 auf 12 Prozent gesunken.

Diese gute Stimmung ist eine klare Bestätigung und auch ein klarer Auftrag an die Regierung:

- Sie ist der Rückenwind, der uns hilft, die erforderlichen Reformschritte zu setzen,
- die Chance für die notwendige Trendwende – weg von der bisherigen Schuldenpolitik,
- die Basis für die erforderlichen Einsparungen.

Wir haben auch noch andere positive Nachrichten zu verkünden:

Die Bankenkrise ist für Österreich überwunden.

Das bedeutet:

Keine zusätzlichen Kosten für die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Durch die gute Konjunktur und das professionelle Management meines Vorgängers Hans Jörg Schelling läuft der Abbau der Vermögenswerte wesentlich besser als geplant!

Die Immigon wird als erste Abbaueinheit Ende des Jahres in Liquidation gehen – der Verkauf der Vermögenswerte ist abgeschlossen.

Die HETA wird im Jahr 2019 den Großteil ihres Portfolios verkauft haben.

In der KA Finanz sind alle Altlasten abgedeckt und wir können auch hier daran gehen, schneller als geplant abzuwickeln.

## **1.6. Wir engagieren uns für Europa**

Meine Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit voller gefährlicher Bruchlinien – denken Sie nur an den globalen Handelskrieg, der gerade vom Zaun gebrochen wird.

Besonders in einer so schwierigen Situation ist es überlebenswichtig für ein kleines Land wie Österreich, Teil der Europäischen Union zu sein.

Teil einer Union, deren Vorsitz wir ab 1. Juli übernehmen.

Auch hier sind wir in einer heiklen Phase gefordert, denn unter unserer EU-Ratspräsidentschaft soll der Brexit in wesentlichen Fragen abgeschlossen sein.

Einerseits werden wir also unsere in der Vergangenheit oft anerkannte Fähigkeit als Mediator beweisen müssen, um diese Scheidung zu einem Ende zu bringen, bei der beide Seiten ihr Gesicht wahren können.

Andererseits müssen wir aber auch dafür sorgen, dass die Folgen dieses Auseinandergehens nicht negativ für Österreich ausfallen.

In erster Linie geht es darum, dass wir als Nettozahler sicher nicht für den Ausfall des britischen Beitrags mit einspringen werden.

Umso wichtiger wird sein, dass wir schon vor dem Inkrafttreten des mehrjährigen Finanzrahmens Gewissheit haben, welche finanziellen Folgen der Brexit auf die Beitragszahlung Österreichs hat.

Was wir uns selbst abverlangen – nämlich das Sparen im System, bei uns selbst – das müssen wir auch auf Unionsebene durchsetzen.

In besonderem Maß mitgestalten können wir in unserer EU-Ratspräsidentschaft auch die anstehende Reform der EU.

Ich möchte da nur auf ein – allerdings äußerst wichtiges – Detail eingehen, auch weil es mich als Finanzminister und Anwalt der österreichischen Steuerzahler besonders betrifft.

Wir müssen dafür sorgen, dass Europa nicht zu einer Schuldenunion wird.

Wir haben Griechenland geholfen und helfen immer noch.

Diese Hilfe ist aber mit strengen Vorgaben für Reformen verbunden.

Was auf keinen Fall passieren darf, ist eine Änderung der Spielregeln, die bewirken würde, dass diejenigen, die ordentlich wirtschaften, die Schulden anderer automatisch übernehmen müssen.

Das werden wir zu verhindern wissen!

Auch auf europäischer Ebene ist unser aktives Gestalten gefragt.

Denn auch hier geht es um die Zukunft, um eine gute Zukunft für unsere Kinder und unsere Enkelkinder.

Diese Regierung bekennt sich zur Europäischen Union – aber wir sind uns auch bewusst, dass der Reformbedarf groß ist.

Reformen dürfen den Kleinen von den Großen nicht aufgezwungen werden, sondern sie müssen auf Augenhöhe verhandelt und umgesetzt werden.

Deshalb werden wir die Chance nützen, die in unserer EU-Ratspräsidentschaft liegt. Schließlich geht es um eine gemeinsame Zukunft von 27 europäischen Staaten und nicht von einigen Wenigen.

## 2. Budgetschwerpunkte / Details

Meine Damen und Herren,

nach der Darstellung der sechs Grundsätze werde ich Ihnen nun einige Detailinformationen zu Schwerpunkten in den wichtigsten Budgetkapiteln darlegen.

Lassen Sie mich dennoch davor einen kurzen Rückblick auf die Ergebnisse der letzten Jahre machen:

Über viele Jahre war das Ergebnis immer schlechter als der jeweilige Budgetvoranschlag. Und das trotz besserer Konjunktur als erwartet.

Was ist passiert?

Das Problem lag meistens darin, dass man immer wieder geglaubt hat, eine großzügige Ausgabenpolitik für die jeweilige Klientel machen zu müssen:

Auch im letzten Jahr wurden trotz guter Konjunkturlage ineffiziente, arbeitsplatzpolitische Maßnahmen gesetzt.

Sogar nur drei Tage vor der Wahl - nämlich am 12. Oktober - wurden noch schnell 626 Millionen Euro ausgegeben – all das ohne Deckung im Budget.

Ein guter Teil dieser „koste es was es wolle“ Wahlzuckerln belastet auch als „Erbgut“ das Budget 2018/2019.

Wir müssen diesem wahlpolitischen Treiben und Fehlverhalten endgültig einen Riegel vorschieben – am besten per Gesetz!

Zurück zum Budget 2018/2019.

Trotz der positiven Konjunkturlage und trotz unserer großen Anstrengungen bei den Einsparungen im System werden wir aufgrund von Altlasten der Vorgängerregierung im Jahr 2018 keinen Überschuss erzielen:

2018 stehen Einzahlungen von rd. 76,38 Milliarden Euro

Auszahlungen von rd. 78,54 Milliarden Euro gegenüber.

Das ergibt einen negativen Saldo von rd. 2,16 Milliarden Euro.

2019 stehen Einzahlungen von rd. 79,69 Milliarden Euro

Auszahlungen von rd. 79,15 Milliarden Euro gegenüber.

Das ergibt erstmals seit 65 Jahren einen positiven Saldo von rd. 0,54 Milliarden Euro.

Das gesamtstaatliche Maastrich-Defizit wird damit 2018 minus 0,4 Prozent betragen und im Jahr 2019 erreichen wir erstmalig ein Nulldefizit nach Maastrich-Kriterien.

Das strukturelle Defizit des Staates beträgt 2018 und 2019 jeweils 0,5 Prozent des BIP.

Mit diesem Doppelbudget haben wir die Weichen in die richtige Richtung gestellt.

Nun zu den gesetzten Schwerpunkten in den wichtigsten Budgetkapiteln:

Unsere Leitlinien dafür sind klar:

- Wir überprüfen bestehende Themen auf Sinnhaftigkeit und Effizienz.
- Wir setzen konsequent die notwendigen Akzente.
- Wir investieren sinnvoll in unsere Zukunft.

## **2.1. Familien**

Für die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft sorgen die österreichischen Familien.

Daher haben wir 2018 für Transferleistungen und Sachleistungen rd. 7,3 Milliarden Euro budgetiert.

Nach einem auf die Indexierung der Familienbeihilfen zurückzuführenden minimalen Rückgang auf 7,28 Milliarden Euro in 2019 wird das Budget für die Familien bis 2022 auf 7,4 Milliarden Euro ansteigen.

Gemeinsam mit dem Familienbonus Plus stehen die Familien nach langer Zeit erstmals wieder im Fokus der Regierungs-Aufmerksamkeit.

## **2.2. Bildung**

Mit über 800 Millionen Euro mehr im Finanzrahmen budgetieren wir offensiv in die Bildung.

2018 steigen die Ausgaben auf 8,82 Milliarden Euro, 2019 auf 8,84 Milliarden Euro und sie werden 2022 9,52 Milliarden Euro erreichen.

Die viel beklagte Finanzierungslücke in der Bildung haben wir geschlossen.

Den Fokus haben wir auf Qualität und höhere Standards gelegt.

Die Bildung unserer Kinder soll nicht länger ein Experimentierfeld für Ideologen sein, sondern jedes einzelne Kind ermächtigen, seine Zukunft so gut wie möglich zu meistern.

Wir investieren 182 Millionen Euro in den Ausbau der Tagesbetreuung.

Für 17 Millionen Euro werden die Unterrichtsstunden in den Berufsschulen ausgeweitet und damit die Lehre aufgewertet.

Lebenslanges Lernen ist besonders im digitalen Zeitalter ein Gebot der Stunde, wir stellen daher um 36 Millionen Euro mehr für die Erwachsenenbildung zur Verfügung.

Es muss uns aber auch klar sein:

- Die Qualität der Ausbildung steht und fällt mit den Pädagoginnen und Pädagogen.
- Mit dem neuen Dienstrecht ist eine Aufwertung des Lehrpersonals vorgenommen worden.
- Die dafür notwendigen zusätzlichen 400 Millionen Euro sind eine gute Investition in die Zukunft unserer Kinder.

### **2.3. Wissenschaft und Forschung**

Auf der Qualität unserer Schulen basiert auch die Qualität unserer Universitäten.

In den internationalen Universitäts-Rankings haben wir aber derzeit nicht den Platz, an dem wir sein sollten: an der Spitze.

Deshalb investieren wir auch und besonders in Zeiten der aktiven Budgetkonsolidierung schwerpunktmäßig in Wissenschaft und Forschung.

Das ist eine überlebenswichtige Investition in die Zukunft.

Von 2017 bis 2022 wachsen die Auszahlungen für Wissenschaft und Forschung um 13,2 Prozent von 4,38 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf knapp 5 Milliarden Euro 2022.

Im Detail bedeutet das

- eine Steigerung des Universitätsbudgets um 1,6 Milliarden Euro im Rahmen der Neuorganisation der Universitätsfinanzierung;
- eine Erhöhung der Studienbeihilfen um 300 Millionen Euro;
- einen weiteren Ausbau des erfolgreichen Fachhochschulsektors mit 41 Millionen Euro;

- die Erhöhung der Forschungsprämie auf 14 Prozent, das sind 500 Millionen Euro sowie
- die verstärkte Förderung der Spitzenforschung mit 230 Millionen Euro.

Über diese drei Budgetschwerpunkte – Familien, Bildung und Wissenschaft – investieren wir in die Zukunft.

## 2.4. Sicherheit

Hier nehmen wir auch in den nächsten Jahren viel Geld in die Hand, um das Sicherheitsgefühl zu stärken.

Die Menschen haben das Recht, sich in ihrem eigenen Land sicher zu fühlen und der Staat hat die Pflicht dafür zu sorgen.

- 700 Millionen Euro gehen daher 2018 bis 2023 in die Aufstockung und Ausbildung der Polizei
- 250 Millionen Euro für 2018 und 2019 in Maßnahmen zur Terrorbekämpfung

Insgesamt steigern wir die Ausgaben für die innere Sicherheit bis 2022 auf 2,9 Milliarden Euro.

## 2.5. Asyl und Migration

Für Asyl und Migration sehen wir im Budget 2018 420 Millionen Euro vor.

Der Betrag sinkt 2019 um 50 Millionen Euro und nimmt bis 2022 auf 185 Millionen Euro ab.

Diese Planung haben wir aufgrund des deutlichen Rückgangs der Asylanträge und des Stopps der illegalen Migration vorgenommen.

Aber: Für alles Wichtige, für alles Notwendige ist auch weiterhin gesorgt.

Man muss das Geld nur treffsicher einsetzen.

Es ist mir natürlich klar, dass der Migrationsbereich äußerst volatil und oft nicht vorhersehbar ist.

Umso dringlicher ist die von uns eingeleitete Sanierung des Budgets.



Nur mit geordneten Finanzen sind wir für alle Krisen, Katastrophen und weltpolitischen Stürme gerüstet.

In der Landesverteidigung ergeben sich ebenfalls budgetäre Steigerungen um 10 Prozent bis 2020. Weitergeführt wird dabei auch der Grenzschutz.

## 2.6. Arbeit

Am Beispiel Sicherheit können Sie sehen, dass wir versuchen, in jedem Bereich nach den richtigen Prioritäten zu suchen und die Mittel nach dem neu erhobenen Bedarf umzuschichten.

Prioritäten ändern sich und genauso Rahmenbedingungen.

Wir haben deshalb im Bereich Arbeit einiges redimensioniert, die Rücknahme der konjunkturell absurden und sehr teuren Maßnahmen der Vorgängerregierung habe ich bereits erwähnt.

Nachhaltige Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitslose kann nicht in steuergeldfinanzierten Zweijahres-Scheinjobs bestehen, sondern muss präventiv durch frühzeitige Qualifizierung in berufs begleitender Form abgesichert werden.

Es ist kein Geheimnis, im Gegenteil, seit Jahren wissen wir, dass wir mehr Flexibilität beim Verhältnis Alter und Gehalt brauchen.

Hier sind also in erster Linie die Sozialpartner gefordert. Wir werden da nicht hineinregieren.

Wir nutzen die positive Konjunktur und die sinkende Arbeitslosigkeit.

Für 2018 haben wir rd. 8,32 Milliarden Euro veranschlagt.

Das ist alles andere als ein „Kahlschlag“, den man uns andichtet.

Wir investieren weiterhin mehr als 10% des Jahresbudgets in Arbeit!

- Die Arbeitslosenzahlen - insbesondere auch bei der Generation 50 + - sinken, automatische Budgeterhöhungen sind daher nicht notwendig.
- Wir ändern die Priorität - weg von der Verwaltung der Arbeitslosigkeit hin zu mehr Qualifizierung des Einzelnen.
- Wir investieren deshalb in die Erfüllung der Ausbildungsgarantie und des Ausbildungspflichtgesetzes.
- 79,1 Millionen Euro fließen für junge Menschen in diese Qualifizierungsprogramme - gut angelegtes Geld.

Noch verlässt ein Viertel der Pflichtschulabsolventen die Schule als funktionelle Analphabeten.

Wer aber nicht ausreichend Schreiben, Lesen und Rechnen kann, hat sein ganzes Leben lang keine Chance in unserer Welt.

Hier müssen wir eingreifen, hier geht es um Schicksale.

Verstärkt werden wir an einer österreichweiten Neuregelung der Mindestsicherung arbeiten, die den verfassungsrechtlichen Standards entspricht und Menschen in Not die nötige Unterstützung sichert.

Klar ist aber auch, dass die Mindestsicherung keine Einladung sein darf, sich bequem von der Allgemeinheit erhalten zu lassen. Mindestsicherung ist als Überbrückungshilfe und nicht als Dauerlösung gedacht.

So müssen wir sie auch organisieren.

## **2.7. Infrastruktur und Wirtschaft**

Einen Paradigmenwechsel haben wir auch in den Bereichen Infrastruktur und Wirtschaft eingeleitet.

In beiden Bereichen stellen wir um auf Zukunftsinvestitionen:

- Wir verstehen die Digitalisierung als große Chance, bei der dem Staat die Aufgabe zukommt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Wirtschaft sie bestmöglich nützen kann.
- Die Breitbandoffensive, das Forcieren von e-Government und die Entbürokratisierung sind die drei wichtigsten Pfeiler.

Mit diesem Service sparen nicht nur unsere Unternehmer Nerven, Zeit und Geld. Auch als Finanzminister freue ich mich über geringeren Verwaltungsaufwand.

Ich möchte an dieser Stelle dem Verkehrsminister danken, denn er hat mit sehr viel Fingerspitzengefühl Einsparungen und Umschichtungen vorgenommen – sogar im Bereich der ÖBB, die wir auf den europäischen Wettbewerb vorbereiten müssen, der 2023 beginnt.

Diese Änderung zwingt uns natürlich auch, vieles bis hin zu den auf Jahrzehnte ausgelegten Finanzierungszusagen genau zu überprüfen und an die Gegebenheiten anzupassen.

Der Zuschuss zu den ÖBB beträgt 2018 jedenfalls 5,2 Milliarden Euro und steigt 2019 auf 5,4 Milliarden Euro.

## 2.8. Pensionen

Meine Damen und Herren,

es ist kein Geheimnis, dass es einige sehr sensible Bereiche in unserem Land gibt, wo es hoch an der Zeit ist, Wege der Problemlösung zu finden.

Nichts zeigt das eindrucksvoller als die nüchternen Zahlen des Budgets.

Jeden vierten Euro dieses Budgets geben wir 2018 für Pensionen aus.

9,2 Milliarden Euro für die Beamtenpensionen – ein Betrag, der sich bis 2022 um 12,6 Prozent auf 10,4 Milliarden steigern wird.

Weitere 9,6 Milliarden Euro gehen als Zuschuss an die Pensionsversicherungen – auch hier: Tendenz stark steigend.

Sie kennen die Gründe – es sind immer dieselben, über die wir seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, reden:

- Die geburtenstarken Jahrgänge, die Babyboomer der 1960er Jahre, erreichen jetzt das Pensionsalter. Diejenigen, die diese Pensionen laut Generationsvertrag finanzieren müssen, sind deutlich weniger.
- Das faktische Pensionsantrittsalter von 60 Jahren deckt sich immer noch nicht mit dem gesetzlichen Pensionsalter.
- Die Verweildauer in der Pension - also die guten Jahre im Ruhestand - werden immer mehr, Gott sei Dank, denn die Lebenserwartung steigt.

Österreichs Pensionsausgaben machen derzeit 13,8 Prozent des BIP aus und sie werden immer weiter steigen – bis 2040 um weitere 1,1 Prozentpunkte.

Wer bestreitet, dass hier Reformschritte vonnöten sind, der weiß, dass er den Menschen Sand in die Augen streut – gefährlichen Sand.

Wenn wir nicht bald auf die Entwicklungen reagieren, könnte das System und damit die Menschen leiden.

Wir werden ohne strukturelle Veränderungen nicht auskommen. Wir setzen daher einen ersten Schritt und heben das Antrittsalter für die Altersteilzeit um zwei Jahre an.

Die nächsten Jahre werden wir für umsichtige Änderungen nützen müssen – im Sinne der jungen Generationen einerseits, aber andererseits immer unter Wahrung aller Rechte derer, die bereits in Pension oder kurz davor sind.

Dieser Vertrauensschutz ist uns wichtig.

Diese Menschen haben unseren Wohlstand erarbeitet, wir sind ihnen verpflichtet.

Hier appelliere ich an das Verantwortungsbewusstsein der Opposition:

Die Pensionsfrage ist ein nationales Problem, das es zu lösen gilt.

Die Politik ist für Problemlösungen da, nicht für Stimmenmaximierung durch Falsch-Propaganda.

Hier ist die gemeinsame Anstrengung eine Frage des Respekts vor den Menschen.

## **2.9. Pflege**

Die zweite große Herausforderung, die seit Jahren einer Lösung harret, ist das Pflegesystem.

In den Jahren 2018 bis 2019 steigern wir die Mittel in diesem Bereich um 322,1 Millionen Euro.

Ein modernes und menschenwürdiges Pflegesystem, das dank der steigenden Lebenserwartung auch immer mehr Menschen in Anspruch nehmen müssen, kann aber auf Dauer nicht nur über das Budget finanziert werden.

Auch hier ist die Zeit der Worte vorbei.

Hier bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung aller in diesem Hohen Haus, der Bundesregierung und der Bundesländer, damit wir Wege der Vorsorge finden, ohne die ohnehin schon enorm hohen Sozialabgaben noch weiter in die Höhe zu schrauben.

## **2.10. Gesundheit**

Für Gesundheit sind auf weiterhin stabiler Basis sowohl 2018 als auch 2019 rd. 1,1 Milliarden an Ausgaben vorgesehen.

Sie wissen, die Kosten für das Gesundheitssystem schlagen nur zu einem geringen Teil im Bundesbudget, sondern hauptsächlich bei Sozialversicherungsträgern und Ländern zu Buche.

Wir investieren aber in eine höhere Ergebnisqualität der Patientenversorgung, evaluieren und entwickeln sowohl das System ELGA als auch das telefon- und webbasierte Beratungssystem TEWEB weiter.

## **2.11. Landwirtschaft und Umwelt**

Meine Damen und Herren,

unsere wunderbare Natur ist sicher der Grund, warum der Tourismus die Haupteinnahmequelle werden konnte.

Wir müssen deshalb, aber auch in unserem eigenen Interesse, in Landwirtschaft, Nachhaltigkeit und Tourismus investieren.

Deshalb erhöhen wir die Ausgabenobergrenze 2018 und 2019 auf jeweils 2,2 Milliarden Euro.

Es kommt in Summe zu keinen finanziellen Einschränkungen im Umweltbereich.

Klima und Umwelt – vor allem aber auch wir alle profitieren von umweltgerechten Produktionsverfahren in der Landwirtschaft, auf die wir weiterhin großen Wert legen.

Unseren Bauern verdanken wir viel von unserer Lebensqualität, die im Übrigen auch ein wichtiger Standortvorteil ist.

Die landwirtschaftlichen Produkte sind auch ein wichtiger Handels- und Exportfaktor.

Unsere Bauern stärken damit unsere „Marke Österreich“.

## **2.12. Kunst und Kultur**

Standortvorteil, besonders aber auch Identitätsstifterin, ist in Österreich mit Sicherheit auch das reiche kulturelle Leben.

Im Budget sind für diesen wichtigen Sektor weiterhin 457 Millionen Euro vorgesehen.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass wir auch während der EU-Ratspräsidentschaft unser reiches kulturelles Leben präsentieren – nicht nur das wunderbare Erbe, sondern auch das vielfältige und spannende Schaffen der Gegenwart.

### **2.13. Öffentlicher Dienst und Sport**

Für das neu geschaffene Ministerium Öffentlicher Dienst und Sport stehen 2018 und 2019 jeweils über 160 Millionen Euro zur Verfügung.

Besonders im Bereich Sport muss das Förderwesen so reformiert werden, dass sichergestellt ist, dass die eingesetzten Steuermittel effizient und zielgerichtet verwendet werden.

### **2.14. Frauen und Jugend**

Das Ressort Frauen, Familie und Jugend habe ich im Rahmen der Familienentlastung schon teilweise besprochen.

Für bedrohte Frauen investieren wir vermehrt in Gewaltprävention durch vorerst 100 zusätzliche Betreuungsplätze für Gewaltopfer.

Und im Jugendressort führen wir die Förderung von Jugendorganisationen mit 5,5 Millionen Euro fort – es mag für viele überraschend sein, dass die 37 österreichischen Jugendorganisationen 1,56 Millionen Mitglieder zählen.

Ihre Arbeit muss uns auch in Zukunft Unterstützung wert sein.

### **2.15. Justiz**

Die funktionierende und unabhängige Justiz ist Garant für die Wahrung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit.

Das Ressort wurde massiv aufgewertet und um etliche Kompetenzen ausgeweitet.

Dieses Ministerium soll die vielen Veränderungen und Reformen auf den Weg bringen, die die Effizienz der Verwaltung steigern, unseren Haushalt nachhaltig konsolidieren und Österreich moderner, generationengerechter und erfolgreicher machen.

Mit diesem Anspruch ist diese Regierung angetreten.

Wie ernst wir das nehmen, zeigt dieses Budget, auch wenn wir wissen, dass dies nur der erste Schritt auf einem weiten Weg ist, den wir beharrlich weitergehen werden.

Dass Sie mich aber richtig verstehen:

Es kommt nicht auf die Geschwindigkeit, sondern auf die Qualität von Reformen an.

Dafür brauchen wir ein klares Vorgehen:

- Analyse des Status quo
- Definition von Zielvorgaben
- Maßnahmen konsequent umsetzen
- Begleitende Kontrolle der Umsetzung

## Schluss

Meine Damen und Herren,

in knapp hundert Tagen kann niemand alle Probleme lösen, besonders nicht, wenn sie sich seit Jahren aufstauen.

Wir haben deshalb mit einigen Herausforderungen zu kämpfen, die sich naturgemäß in unserer Budgetplanung spiegeln.

Glauben Sie mir, auch ich habe die Warnungen gehört: Spart nicht bei den Ärmsten, baut den Sozialstaat nicht ab.

Keine Sorge:

Das tun wir nicht.

Unser halbes Budget verwenden wir zur Finanzierung unseres sozialen Netzes.

Aber – wie auch Kardinal Schönborn betont hat – nur ein Staat mit einem konsolidierten, gesunden Staatshaushalt kann diese engmaschige soziale Sicherheit langfristig und nachhaltig leisten.

Das ist der Grund, warum wir:

- alle Ausgaben hinterfragen
- Prioritäten nicht einfach übernehmen
- Maßnahmen nach Effizienz und Effektivität werten
- Sparpotentiale heben und nützen
- keine neue Schulden machen
- Budgetüberschüsse erarbeiten
- Schulden abbauen

Diesen eingeschlagenen Weg erfolgreich weiter zu beschreiten, muss uns allen in diesem Hohen Haus ein gemeinsames Anliegen sein.

Ein Ziel, das gemeinsame Anstrengungen braucht.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch meinen Lieblingsphilosophen Seneca zu zitieren:

„Nicht weil es schwer ist, wagen wir's nicht,  
sondern weil wir's nicht wagen, ist es schwer.“

Wagen wir doch gemeinsam den Start in eine neue Zukunft.

Es geht schließlich um viel.



Es geht um einen Staat, an dem alle, die können, mit Freude mitarbeiten, der aber auch für all diejenigen da ist, die Unterstützung brauchen.

Strengen wir uns gemeinsam an, dass unsere einzigartige Heimat für unsere Kinder und Enkelkinder nicht Last, sondern Sprungbrett in eine gute Zukunft ist.

Es geht um dieses wunderbare Land, das unser Auftrag ist.

Es geht um Österreich.







- gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens,  
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen, UW-Nr. 836